

## **Falsche Schlüsse nach der Katastrophe in Fukushima**

Japans 3/11 revitalisierte eine längst tot-geglaubte und medial seit Jahren unbeachtete Debatte. Die positive Meinungsbildung von Seiten der Atomindustrie und das Verebben des gesellschaftlichen Interesses führten dazu, dass bis zum GAU in Fukushima viele frühere Unfälle in Vergessenheit gerieten und im Glauben, die Kernenergie sei mittlerweile sicher, oder zumindest von geringerer Gefährlichkeit, nicht weiter über Konsequenzen nachgedacht wurde. Während das Volksbegehren zum Ausstieg Österreichs aus EURATOM nur etwa eine Woche vorher in den österreichischen Medien kaum ein Echo fand, überschlugen sich sämtliche Medien - zumindest in der ersten Zeit - in der Berichterstattung über die extremen Zustände im Kernkraftwerk Fukushima. Der Umstand, dass ein engagiertes Volksbegehren zur Problematik nichts erreicht hatte und es wieder einmal einer Katastrophe bedurfte, um die Gefährlichkeit der Atomenergie vor Augen zu führen, scheint paradox.

## **Das Spalten von Atomen: ein rein ökologisches Problem?**

Die Atomenergie sollte jedoch nicht, wie es zur Zeit oft passiert, auf ein reines Gut gegen Böse, Natur gegen Technik oder Billigstrom gegen Ökostrom reduziert werden. Der Atomenergie-Markt lebt bestens davon mit staatlicher Unterstützung große Gewinne zu machen, ohne auf die Folgen für die menschliche Gesundheit und Umwelt achten zu müssen. Wenn man der kapitalistischen Logik folgt, dann erkennt man die Relevanz von großen Mengen billiger Energie. Als erfolgreich gilt nur was wächst, sei es das Bruttoinlandsprodukt oder die Profite eines Unternehmens. Um das zu gewährleisten, muss die Stromversorgung für Industrie und KonsumentInnen sichergestellt werden. Jedem Wachstum sind jedoch Grenzen gesetzt wie zum Beispiel ökologische, denn auch natürliche Ressourcen stehen nur endlich zur Verfügung. Wir sind bereits vor Jahren an einem Punkt angelangt, an dem konkrete Handlungen notwendig gewesen wären, um den Ressourcen- und Energieverbrauch zu minimieren. Dies kann nur gegen kapitalistische Interessen passieren, und man wird sich nicht weiterhin an Entscheidungen vorbeischieben können und die Vorteile einer "grünen Industrie" hervor streichen. Die ökologischen Konflikte, zu denen die Atompolitik zählt, sind auch auf die Widersprüche in unserem System zurückzuführen.

## **Staatliche Ausstiegsszenarien oder freier Markt?**

Während sich manch ein Politiker dem Kampf mit der Atom-Lobby stellen möchte, propagieren die Grünen den Umstieg auf sogenannte Ökostromanbieter. Dies soll "unsaubere Stromanbieter" unter Druck setzen und sie ökonomisch durch den Verlust von Kunden davon überzeugen, dass Energie aus fossilen Brennstoffen oder Atomenergie-Importe keine Lösung sind. Parallel dazu sprechen sie sich für erhöhte Förderungen von Solaranlagen aus. Dass ein weltweiter Atomausstieg nur möglich ist, wenn Alternativen zur aktuellen Energiegewinnung aufgezeigt werden, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Die Verantwortung für solche Entscheidungen darf jedoch nicht auf einzelne Individuen übertragen werden, und vor allem nicht von der Finanzkraft einzelner abhängig sein (ob man sich z.B. eine eigene Photovoltaik-Anlage leisten kann oder nicht). Es wäre auch ein großer Fehler, die Politik aus der Verantwortung zu nehmen, indem man sie auf einen reinen Förderungsinstitution reduziert. Es bedarf eines Plans, der eine globale Strategie verfolgt auch wenn er vorerst durch nationale Grenzen beschränkt ist. Der Umstieg auf private Anbieter würde zu einer Schwächung der zumeist landeseigenen oder staatsnahen Elektrizitätskonzerne führen, welche eigentlich zentrale Rolle in einer nachhaltigen

Energiepolitik spielen müssten. Die Verantwortung für eine ökologische Zukunft in die Hände von privaten, gewinnorientierten Unternehmen zu legen und darauf zu hoffen, dass so eine globale Wende herbeigeführt wird ist mehr als unrealistisch.

Die Katastrophe in Japan zeigt auch, wohin es führen kann, die Kontrolle für notwendige und lebensstandarderhaltende Energie einem einzelnen Konzern zu überlassen. Man vertraute eine risikoreiche Technologie einem Unternehmen an, ohne entsprechende Kontrollen, was dazu führte, dass bis 2002 16 Jahre lang Unfälle in Reaktoren von TEPCO verschwiegen wurden und erst 2007 der firmengrößten Reaktor wegen Erdbebenschäden heruntergefahren werden musste.

Deutschlands Entscheidung den Atomkonzernen Ende des Jahres 2010 noch Laufzeitverlängerungen gesetzlich zuzusichern, scheint einem heute noch viel unverantwortlicher und unverständlicher, wenn man das steigende Risiko von alten Reaktoren mit verlängerter Laufzeit bedenkt, und andererseits der Staat zumeist die Kosten für die Endlagerung tragen muss, nicht zu vergessen, die enormen Kosten bei möglichen Unfällen. Auf der anderen Seite haben Energieanbieter weiterhin riesen Einnahmen, ohne neue Investitionen tätigen zu müssen. Während in Zeiten mit hohen Gewinnen die ArbeiterInnen selten Anteil daran haben, sollen sie in Krisenzeiten für die Unternehmen plötzlich Verantwortung übernehmen. Ebenso bei TEPCO, dem viertgrößten Energieanbieter weltweit, wo in Führungsetagen 50% und bei ArbeiterInnen 20% Gehaltskürzungen in Kraft treten werden.

## Ausblicke

Auch wenn die Thematik des Klimawandels vorerst an Schrecken verloren hat, so wird zumindest von offizieller Seite versucht, mehr schlecht als recht die Klimaschutzziele einzuhalten. Auch die Atomwirtschaft sieht sich hier als wichtiger Bestandteil zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und der Verringerung des Anteils an fossilen Brennstoffen, ohne dabei darauf hinzuweisen, dass es eines enormen Ressourcenaufwands bedarf, ein Kraftwerk zu bauen, das angereicherte Material zu produzieren und zu transportieren und zu entsorgen. Und hier begegnen wir auch wieder dem ökonomischen Argument. Jahrzehntlang ist Geld in eine "Technologie der Zukunft" investiert worden, die Strom zum Nulltarif versprach, meistens parallel zu militärischer Forschung. Durch staatliche Intervention ist eine Industrie geschaffen worden, die heute nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu erhalten, geschweige denn, durch eigene Investitionen neue Kraftwerke zu bauen. Dies ist zum Großteil sicher auf die steigenden Sicherheitsanforderungen und -kontrollen zurückzuführen, welche hohe Kosten mit sich bringen. Anstatt nun Geld in eine veraltete Kraftwerke oder risikoreiche Technologie zu investieren, wie dies zum Beispiel durch EURATOM passiert, braucht es nur Technologien und Konzepte, die seit Jahren bereit stehe, von staatlicher Seite umzusetzen, anstatt wie in vielen Ländern die Ausbaupläne fortzusetzen.

Um in Zukunft Unfälle wie in Fukushima zu vermeiden, braucht es aber viel mehr als erhöhte Sicherheitsvorkehrungen und halbherzige Investitionen in neue Technologien. Neben einer europaweiten Energiewende ist zuerst einmal eine Bewusstseinsänderung vonnöten, was nicht von heute auf morgen passieren wird, nachdem uns seit Jahrzehnten Konsum und Verschwendung angepriesen wurden. Aber genau hier muss angesetzt werden, denn ein Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik kann nicht gegen den Willen der Bevölkerung vor sich gehen, weshalb Überzeugungsarbeit in Bezug auf Energieeffizienz und Nachhaltigkeit geleistet werden muss.